

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Nr. 249/08  
30.07.2008**

### **Grüne Landtagsabgeordnete Bernd Murschel und Reinhold Pix: Bienen tot, Maiswurzelbohrer lebt**

**Clothianidin-Verbot: Appell der Grünen Kreisräte zwischen Rastatt und Lörrach**

Entsetzt sind Dr. Bernd Murschel und Reinhold Pix, die beiden grünen Abgeordneten im baden-württembergischen Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft, über die Agrarpolitik von Minister Peter Hauk. Bei einem Ortstermin bei Imker Klaus Waidele in Oberharmersbach im Landkreis Ortenau informierten sie sich über die aktuellsten Entwicklungen um Maiswurzelbohrer und Bienensterben.

"Die Lage wird immer dramatischer. Bei dem betroffenen Imker Waidele starben seit Mai tausende Bienen. Aber wir müssen befürchten, dass das Bienensterben noch weiter geht", erklärt der agrarpolitische Sprecher Bernd Murschel. Denn der hochgiftige Wirkstoff Clothianidin wirke weiter in Boden und Wasser, auch wenn der Mais inzwischen hoch gewachsen sei. Die Halbwertszeit von Clothianidin im Boden liege laut Untersuchungen aus Nord-Dakota bei 1386 Tagen, also bei fast vier Jahren. In Sakatchewan wiesen Forscher sogar nach 775 Tagen noch 80 Prozent des Clothianidins im Boden nach.

Reinhold Pix, südbadischer Landtagsabgeordneter und selbst erfahrener Bio-Winzer, ergänzt: "Die erneuten Funde des Maiswurzelbohrers keine 20 Kilometer entfernt von hier sowie weitere Verdachtsmomente erneut vergifteter Bienen zeigen auf dramatische Weise, dass die Giftstrategie von Minister Peter Hauk völlig gescheitert ist. Wir befürchten zudem, dass noch viele weitere Bienen sterben werden, wenn der Mais wieder blüht und wenn im August mit Clothianidin gebeiztes Raps-Saatgut ausgebracht wird. Außerdem gibt es schleichende Schäden geringer Pestizid-Mengen auf den Orientierungssinn und Arbeitsfähigkeit der Bienen. Schließlich trägt Hauk auch als Naturschutzminister Verantwortung. Denn mit den 330 Millionen Honigbienen sind vermutlich weitere Millionen von Wildbienen, Schmetterlingen und anderen Insekten getötet worden. Sollten Untersuchungsergebnisse bestätigen, dass die neuerlichen Todesfälle beim Imker Lehmann aus der Sicherheitszone bei Mahlberg durch das Spritzmittel Biscaya verursacht wurden, zieht sich die Schlinge um den Hals von Minister Hauk enger zu."

In einer konzertierten Aktion haben sieben badische Kreis- bzw. Stadtratsfraktionen der Grünen zwischen Rastatt und Lörrach abgestimmte Schreiben an ihre Landräte bzw. Oberbürgermeister gesandt. Inhalt der Schreiben: Landräte und Oberbürgermeister werden gebeten, sich bei Minister Hauk für ein Verbot von Clothianidin und verwandter Nervengifte, sogenannter Neonicotinoide, auf der Basis von § 7 des Pflanzenschutzgesetzes einzusetzen.

Reinhold Pix wird diese Aktion in seiner unmittelbaren Heimat unterstützen: "Die grünen Kreistagsfraktionen in Süd- und Mittelbaden fordern ihre Landräte und Oberbürgermeister zudem auf, sich bei Minister Hauk für Entschädigungsregelungen für die betroffenen Landwirte einzusetzen. Die Bauern sind hier Opfer einer verfehlten Agrarpolitik. Jetzt ist Minister Hauk am Zug, nach dem Schweizer Vorbild Fruchtfolge vorzuschreiben. Das ist unsere einzige Chance, dem unseligen Kreislauf zwischen Maismonokulturen, Maiswurzelbohrer, Pestizideinsatz und Bienensterben zu entkommen. Und nach dem Vorbild des hessischen Main-Taunus-Kreises könnten auch die Kreisverwaltungen in Süd- und Mittelbaden eigene Initiativen zur Förderung der Imkerei ergreifen."

Murschel ergänzt: "Wir haben juristisch überprüfen lassen, dass das Land diese Möglichkeit besitzt. Jetzt ist wirklich Minister Hauk am Zug. Wir werden ihn daran messen, ob er Verantwortung für das Land übernimmt und das Vorsorgeprinzip ernst nimmt - oder ob er einseitig die Interessen der Agrar-Chemie-Industrie vertritt."

Die Grünen fordern zudem dringend angemessene Entschädigungen für die Imker. Die von Bayer angebotenen zwei Millionen Euro bundesweit seien bei weitem nicht ausreichend. Zudem dürfte es nicht

sein, dass sich Imker jetzt verpflichten sollen, auch für die Zukunft keine Klagen mehr im Zusammenhang mit Bienensterben zu erheben.